



UNSER MANNEMER IN BERLIN

Zeitung des
Bundestagsabgeordneten Lothar Mark

im Internet:
www.Lothar-Mark.de

September 2005

Liebe Mannheimerinnen und Mannheimer



Lothar Mark, MdB

Die Ankündigung von Neuwahlen kam für viele überraschend, auch für mich. Aber die Blockadehaltung der Opposition im Bundesrat hat viele wichtige Reformvorhaben für unser Land verhindert. Deswegen ist es notwendig, dass Sie jetzt über die Zukunft Deutschlands auch im Interesse zukünftiger Generationen neu abstimmen können. Wir stehen am 18. September vor einer Richtungsentscheidung für Deutschland: Es geht um Vorfahrt für soziale Gerechtigkeit mit einer SPD-geführten Bundesregierung oder um die Rückkehr in eine Gesellschaft, in der nur das Recht des Stärkeren regiert. Wir, die SPD, stehen für Chan-

cengleichheit, für eine moderne, tolerante Gesellschaft und für Gerechtigkeit. Das sind unsere Ziele, die wir mit Ihnen gemeinsam erreichen möchten und auch können. Unterstützen Sie uns auf diesem Weg. Helfen Sie mit, dass der mit der Agenda 2010 eingeschlagene Weg der Reformen vollendet wird. Helfen Sie mit, den Sozialstaat zukunftssicher zu machen. Es ist schon viel erreicht, doch noch lange nicht alles. Deshalb bitte ich Sie, geben Sie mir Ihre Erststimme, damit wir gemeinsam für Mannheim etwas bewegen. Mit der Zweitstimme für die SPD stellen Sie sicher, dass soziale Gerechtigkeit weiter die Reformpolitik für unser Land bestimmt.

Sie haben in den vergangenen sieben Jahren meine Arbeit in Berlin für Mannheim begleiten können. Viele wichtige Projekte konnten angestoßen werden. Mannheim hat sich in den vergangenen Jahren von einem Industriestandort immer mehr zu einem Dienstleistungszentrum mit zahlreichen wichtigen Einrichtungen für Bildung und Forschung entwickelt. Ich weiß, dass die Veränderungen in unserer Stadt für viele von Ihnen nicht ohne Folgen gewesen sind. Aber sie waren notwendig, damit Mannheim sich in der Metropolregion Rhein-Neckar seinen Platz sichern konnte. In Zusammenarbeit mit meiner Fraktion und der Bundesregierung ist es gelungen, erhebliche Investitionen in unsere Stadt zu lenken. Schwerpunkte sind dabei Sanierungen für mehr Wohnqualität in mehreren Stadtteilen sowie Forschungsmittel für die Universität, das Klinikum, die Fachhochschule und das Zentralinstitut für Seelische Gesundheit. Alle ICE-Züge müssen auch in Zukunft weiter in Mannheim halten. Deshalb habe ich mich mit aller Kraft dafür eingesetzt, dass der von der Bahn AG geplante Bypass (Umfahrung Mannheims) nicht gebaut wird. Nur so kann Mannheim als zentraler Verkehrsknotenpunkt für Süddeutschland erhalten bleiben. Das ist sowohl für Sie als Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Stärkung des Wirtschaftsstandortes immens wichtig. Meine Kolleginnen und Kollegen aus dem Bundestag unterstützen mich in diesem Vorhaben. Dieses Jahr steht kulturell ganz

im Zeichen des 200. Todestages von Friedrich Schiller. Die Internationalen Schillertage Mannheims strahlen weit über die Stadt hinaus und haben sich in der weltweiten Kulturszene einen Namen gesichert. Als „Schillerbotschafter“ des Nationaltheaters ist es für mich auch weiterhin Verpflichtung, für die Finanzierung dieses hochwertigen Kulturereignisses zu streiten. Die von Helmut Kohl geführte Bundesregierung hatte in meiner Zeit als Kulturbürgermeister der Stadt Mannheim eine Bezuschussung trotz ständiger Intervention abgelehnt. Sie sehen, es ist auch für unsere Stadt Mannheim wichtig, wer in Berlin regiert. Treffen Sie in der Wahlkabine am 18. September Ihre Entscheidung. Ich bitte Sie um ihre Erststimme und um die Zweitstimme für die SPD und Gerhard Schröder.

Ihr Lothar Mark

	Inhalt
Seite 2	Lothar Mark feierte 60. Geburtstag
Seite 3	Interview mit Lothar Mark, MdB
Seite 4	Ganztagsschulen für Mannheim Kanzler trifft Betriebsräte
Seite 5	Mut zu Reformen für unser Land
Seite 6-7	Parteiprogramme im Vergleich Mannheimer Sportkalender 2005
Seite 8	Wirtschaftsinitiative unterstützt Kanzler im Wahlkampf
Seite 9	Bahn in der Sackgasse Die SPD hält am Atomausstieg fest
Seite 10	Kirchhofs Streichliste Einsatz für Mannheimer Sozialgericht
Seite 12	Kulturspaziergänge Wirtschaftsexperten sind optimistisch



Bundestagswahl 18. September 2005



Erststimme
Lothar Mark



Zweitstimme
SPD



Mehr als 5.000 Mannheimer in Berlin

Lothar Mark hatte mit seinen 48,54% das beste Erststimmen- und mit 41,3% das beste Zweitstimmen-ergebnis für die SPD in Baden-Württemberg.

Politik einmal hautnah erleben: Rund 5.000 Mannheimer Bürgerinnen und Bürger besuchten in den letzten sieben Jahren auf Vermittlung von Lothar Mark Berlin. Im Reichstag und

im Paul-Löbe-Haus konnten sie sich ein genaues Bild über den Parlamentsbetrieb in der Hauptstadt machen. Manche der Besucher trafen bei ihrem Rundgang durch das Regierungsviertel

sogar Bundeskanzler Gerhard Schröder, der gerade auf dem Weg zu einem seiner vielen Termine war.

Zu den Besuchern zählten Lehrer, Schüler- und Studen-

tengruppen, Sport-, Bürger- und Gesangsvereine, der Stadtjugendring, das Polizeipräsidium und ehrenamtlich Engagierte.



Lothar Mark mit Besuchergruppen aus Mannheim in Berlin

Rolf Reinhard

Bauunternehmer

„Ich wähle Lothar Mark, weil er die richtige Politik macht und sich für die Mannheimer Wirtschaft engagiert!“

Lothar Mark auf der Baustelle von Bilfinger Berger am Panamakanal



Lothar Mark auf der Baustelle am Panamakanal

In seiner Funktion als Lateinamerika-Beauftragter für die SPD-Bundestagsfraktion besichtigte Lothar Mark in Panama die Arbeiten der Bilfinger Berger AG.

Der Mannheimer Baukonzern errichtete innerhalb von nur 27 Monaten die zweite feste Verbindung zwischen Nord- und Südamerika. Die Puente Centenario ist mit einer Gesamtlänge von 1.050 Metern, einer Spannweite des Hauptbrückenfeldes von 420 Metern und einer Überbauweite von 34 Metern die längste

Schrägseilbrücke ihrer Art in ganz Lateinamerika.

Der Mannheimer Baukonzern gehört zu den führenden Anbietern im internationalen Großbrückenbau.

Während politischer Gespräche mit der Regierung von Panama bedankte sich Lothar Mark für die Auftragvergabe an Bilfinger Berger und bekundete das weitere deutsche Interesse an der Bauausführung der geplanten dritten Brücke über den Panamakanal sowie an der Erweiterung des Kanals.

Anayasasi - ОСНОВНОЙ ЗАКОН

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland gibt es auch in einer türkisch-deutschen und einer russisch-deutschen Version. „Das zweisprachige Grundgesetz hilft dabei, dass auch Neubürger sich mit der deutschen Verfassungsordnung identifizieren können“, so Lothar Mark. Interessierte können sich die Gesetzestexte im Wahlkreisbüro von Lothar Mark (H2,4) abholen, solange der Vorrat reicht.

Sympathieträger für Mannheim mit Ecken und Kanten

Bundestagsabgeordneter Lothar Mark feierte 60. Geburtstag

Rüdiger Harksen

Leistungssportkoordinator

„Ich wähle Lothar Mark, weil auf ihn immer Verlass ist. Er ist ein geradliniger Mensch, mit dem ich über Jahre eine vertrauensvolle Zusammenarbeit erfahren durfte.“

Der bekannteste Politiker Mannheims feierte Ende Juli seinen 60. Geburtstag. Die Rede ist von dem Bundestagsabgeordneten Lothar Mark, Vorgänger von Dr. Peter Kurz als Sport- und Kulturbürgermeister der Stadt Mannheim. Seit sieben Jahren vertritt er seine Stadt als Abgeordneter und Lateinamerika-Experte im Deutschen Bundestag, geradlinig, konsequent und immer das Wohl Mannheims im Blick. Und er will weitermachen: für die anstehenden Bundestagswahlen ist er von seiner Partei wieder aufgestellt.

Dabei ist er schon immer ein Zeitgenosse mit Ecken und Kanten, der sich, auch wenn es manchen schon in der Vergangenheit nicht schmeckte, um keinen Preis verbiegen lässt. Ge-

boren im Odenwald, war Mark als Referendar und Studienrat u.a. am Moll- und Peter-Petersen-Gymnasium sowie als Studi-

endirektor am Elisabeth-Gymnasium tätig und engagierte sich in der Kommunalpolitik 14 Jahre lang als Stadtrat, bevor er

1989 zum Sport- und Kulturbürgermeister gewählt wurde.

Seine großen Verdienste um die Kultur und den Sport in Mannheim, sein Vorschlag zur Verhinderung des ICE-Bypasses und sein soziales Engagement, jetzt auch als AWO-Kreisvorsitzender, sind vielfach gewürdigt worden.

Darüber hinaus ist Mark trotz der Bundesaufgaben in Berlin immer heimatverbunden und volksnah im besten Sinne geblieben und bringt sich mit viel Präsenz und Engagement ins Mannheimer Vereinsleben ein. Seine Mitgliedschaften und Ehrenmitgliedschaften sind kaum mehr zu zählen. Die jüngste seiner vielen Auszeichnungen ist die Ernennung zum Ehrenvorsitzenden des Vereins „Africa Culture Rhein-Neckar e.V.“.



Lothar Mark feierte am 27. Juli gemeinsam mit den Besucherinnen und Besuchern der von der AWO betreuten Wohnanlage Parsevalstraße seinen 60. Geburtstag.

Lutz Pauels

Präsident des Eissport-Verbandes Baden-Württemberg

„Ich wähle Lothar Mark, weil er sich in den letzten Jahren immer intensiv für den Sport in Mannheim eingesetzt hat.“

Interview mit Lothar Mark, MdB

Wir sitzen hier im Café Journal, einem Ihrer Lieblingsorte?

Ja, aber natürlich ist dies nicht der einzige. Ich gehe auch sehr gern in das Restaurant am Fluss mit Blick auf den Rhein. Gäste lade ich gern in das Restaurant am Fernmeldeturm ein. Dort kann man ganz Mannheim innerhalb einer Stunde sehen.

Wo führen Sie denn Ihre Gäste zuerst hin, wenn sie Mannheim besuchen?

In Mannheim zeige ich gerne die Jugendstilanlage am Wasserturm, weil sie eine der schönsten in Deutschland ist. Und danach kommt gleich die Kulturmeile mit vielen interessanten Skulpturen. Und natürlich die Museen, die Reiss-Engelhorn-Museen, die Kunsthalle, das Landesmuseum für Technik und Arbeit, das Nationaltheater, das Planetarium und der Luisenpark.



Lothar Mark beim Interview auf dem Marktplatz mit Rike Schweizer

Kommen wir zum Wahlkampf.

Wie ist denn die Stimmung?

Gut und optimistisch. Es gibt viele aufmunternde und motivierende Gesten von den Bürgern, die sich wie ich sicher sind, dass die SPD mit den Grünen zusammen auch die kommende Regierung stellen wird. Die geleistete Arbeit wird von den Menschen anerkannt. Die Desorientierung der Oppositionsparteien wurde vor allem mit Vorlage der Wahlprogramme immer sichtbarer. Jeder kann sehen, dass deren Wahlversprechen entweder unsozial oder nicht finanzierbar sind.

In den vergangenen Wochen haben Sie sich an zahlreichen Wahlkampfständen den Fragen der Bürger gestellt. Was bewegt die Menschen denn am meisten?

Sie haben Angst vor Altersarmut, vor Arbeitslosigkeit und damit vor sozialem Abstieg. Dies wird mir schon sehr direkt berichtet. Ich kann immer nur deutlich machen, dass wir diese Ängste sehr ernst nehmen. Aber auch das ist sicher. Bei der SPD wird soziale Sicherheit immer groß geschrieben und wir stehen für einen zukunftssicheren Sozialstaat. Die SPD musste sich in den vergangenen Jahren den Problemen einer immer älter werdenden Gesellschaft stellen. Im Rentensystem, bei der Pflegeversicherung und im Gesundheitswesen haben wir dringend notwendige Reformen eingeleitet, damit auch unsere Kinder und Enkelkinder den sozialen Standard halten und selbst Politik gestalten können.

Wenn Sie zurückblicken auf die vergangenen Jahre mit einer SPD-geführten Bundesregierung, welche politischen Entscheidungen waren Ihnen besonders wichtig?

Unter Helmut Kohl gab es 16 Jahre Reformstau im sozialen Sektor. Deshalb waren in diesem Bereich Reformen besonders dringlich. Das hat natürlich auch zu Einschnitten geführt, was mir bewusst ist. Aber es gab keine Alternative.

Die SPD hat ihre Wahlversprechen umgesetzt und beispielsweise die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer gesichert, weil sie nachweislich zum sozialen Frieden in Deutschland beigetragen haben.

Ich bin auch sehr froh, dass wir angefangen haben, die Steuerschlupflöcher zu schließen. Es ist nicht einzuse-

hen, dass jeder Arbeitnehmer seine Steuer auf Heller und Pfennig bezahlen muss, aber einige Großverdiener sich ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft entziehen und riesige Summen ins Ausland schaffen. Aber auch das will ich deutlich sagen: Hier besteht noch weiterer Handlungsbedarf.

Auch die Frage von Krieg oder Frieden hat eine große Rolle gespielt. Erinnern wir uns an 2002, als Gerhard Schröder sehr früh und sehr deutlich sein Nein zu einem Irak-Krieg erklärte.

Unter einer CDU-geführten Regierung würden heute sehr wahrscheinlich deutsche Soldaten im Irak stehen. Das muss man sich immer wieder verdeutlichen. Ich bin stolz darauf, dass wir trotz massiven Drucks der Bush-Regierung immer sehr klar unsere Position vertreten haben.

Wie sieht denn Ihre Vision für Deutschland aus?

Wir schauen zu sehr auf Wirtschaftsanalysen, Börsenbewegungen und Konjunkturprognosen. Vielleicht ist aber noch wichtiger, dass wir alle optimistischer in die Zukunft blicken und die Barrieren im Kopf überwinden. Denn, so sagen Experten, der wirtschaftliche Aufschwung ist zu 80 Prozent psychologisch begründet. Besonders unseriös sind in meinen Augen aber Unternehmen, die trotz tiefschwarzer Zahlen Mitarbeiter entlassen. Damit wird die Konjunktur insgesamt verhindert und eine schlechte Stimmung geschaffen.

Sie führen einmal im Monat eine Bürgersprechstunde für die einzelnen Stadtteile durch.

Mit welchen Anliegen kommen die Bürger zu Ihnen?

Die Menschen kommen mit bundes-, landes-, kommunalpolitischen, aber auch mit persönlichen Angelegenheiten zu mir. Viele Menschen sind verunsichert, ob die Berechnung ihrer Rente oder des Arbeitslosengeldes richtig ist. Sie kommen dann mit den Bescheiden und möchten Aufklärung. Viele Behördenbriefe erscheinen den Menschen nicht plausibel. Das könnte man oft auch verständlicher und damit bürgernaher formulieren.

Nehmen wir ein Beispiel. Eine junge Mutter kommt mit einem Arbeitslosengeldbescheid zu Ihnen, der auch

Ihnen nicht verständlich erscheint.

Wie werden Sie dann tätig?

Wenn ich den Sachverhalt selbst nicht aufklären kann, setze ich mich mit dem zuständigen Job-Center, einer anderen Behörde oder mit einem Fachkollegen in Verbindung und bitte um Aufklärung.

Viele Bürger wenden sich auch schriftlich an Sie. Was passiert mit diesen Anfragen?

Sie werden natürlich beantwortet.

Jede?

Jede Anfrage wird beantwortet.

Das schaffen Sie ganz allein?

Natürlich nicht. In meinem Wahlkreisbüro in Mannheim und in meinem Abgeordnetenbüro in Berlin unterstützt mich mein Team bei allen politischen Belangen.

Werden Sie denn Ihre Kulturfahrten und Kulturspaziergänge auch im kommenden Jahr weiterführen?

Selbstverständlich. Schon seit 16 Jahren lade ich zu Spaziergängen in und zu Kulturfahrten um Mannheim herum ein. Es gibt immer noch viel Neues und Interessantes zu entdecken.

Wie sieht Ihr Arbeitstag aus? Welche Termine waren Ihnen in den vergangenen Tagen besonders wichtig?

Täglich nehme ich neben meiner Bürotätigkeit noch bis zu zehn Termine wahr.

Vor allem in den letzten Wochen hat sich die Situation bei Alstom-Power zugespitzt. Hier sind Arbeitsplätze massiv bedroht. Für mich heißt das konkret, Kontakt mit der Firmenleitung in Paris und dem Betriebsrat herzustellen und Gespräche zu vermitteln.

In verschiedenen Briefen an den Bundeskanzler, den Wirtschaftsminister, aber auch an den Vorstandsvorsitzenden von Alstom-Power habe ich auf die prekäre Situation aufmerksam gemacht.

Mit Mannheimer Firmenvertretern und Betriebsräten führe ich einen sehr engen Meinungsaustausch und bin für beide Seiten Ansprechpartner. Jüngst hatte ich u.a. mit den Betriebsratsvorsitzenden von SCA, Roche Diagnostics, Pepperl + Fuchs, MVV, John Deere, Goldschmidt, Rhein Chemie, GKM, Fuchs Petrolub, Friatec, Eichbaum, Deutz, Daimler Chrysler, Alstom Power, ABB und Vögele Gespräche.

Sie engagieren sich sehr stark für die Vereine in Mannheim.

Ich bin davon überzeugt, dass ehrenamtliches Engagement für unsere Stadt sehr wichtig ist. Sie wird dadurch lebens- und liebenswerter.

Ich danke allen, die sich in ihrer Freizeit ehrenamtlich engagieren.



Lothar Mark

Stichwort Bildung

Beste Bildungschancen für alle garantieren

Die SPD steht dafür, dass jeder junge Mensch – unabhängig von der sozialen Herkunft – Zugang zu guten Bildungsmöglichkeiten erhalten muss. Bildungschancen dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein.

Die SPD steht zum offenen Hochschulzugang, der auch Kindern aus bildungsfernen Schichten ein Studium ermöglicht:

- Für das Erststudium dürfen keine Studiengebühren erhoben werden.
- Das BAföG bleibt und wird nicht in ein Vollدارlehen umgewandelt.
- Der Hochschulzugang muss besonders qualifizierten Absolventen einer Berufsausbildung ohne Abitur offen stehen.

Die Erfolge geben der bisherigen Politik recht: Seit 1998 ist die Zahl der BAföG-Geförderten um 50 % gestiegen, die Studienanfängerquote stieg parallel um fast 10 Prozentpunkte.

Lothar Mark ist klar gegen Studiengebühren, die ca. 500 Euro pro Semester betragen sollen. Er ist für ein kostenfreies Erststudium und für einen gerechten Zugang aller zu einem Studium.

Dennis (24)

Ich studiere Anglistik und wohne im Mannheimer Viertel Jungbusch, unter anderem wegen der preiswerten Miete. Ich glaube, dass anfallende Studiengebühren für mich einen spürbaren finanziellen Einschnitt bedeuten würden. Ich denke, dass Studiengebühren nicht die Qualität der Universitäten verbessern würden, sondern viel mehr eine selektive Wirkung hätten. Eine Selektion nach finanziellen Aspekten. Ich hätte mir unter solchen Bedingungen ernsthaft überlegt, ein Studium zu beginnen. Da ich den Höchstsatz an BAföG erhalte, komme ich jetzt einigermaßen gut zurecht. Die Vorstellung, dass das BAföG bei einer schwarz-gelben Regierungskoalition gekürzt oder gar gestrichen werden könnte, stimmt mich nachdenklich.

Lydia (25)

Ich bin gegen Studiengebühren! Denn zum einen befürchte ich, dass das Geld nicht den Hochschulen zu Gute kommen wird, und das wäre das Einzige, was die Gebühren bedingt rechtfertigen könnte. Zum anderen wird Jugendlichen aus einkommensschwächeren Familien damit der Hochschulzugang erschwert. Ich halte Studiengebühren von 500 Euro monatlich für bedenklich, da sie nur der Anfang für eine Entwicklung sind, Bildung zu einem Privileg für Reiche zu machen.

Inge Feuerstein

„Ich wähle Lothar Mark, weil er immer nah bei seinen Wählerinnen und Wählern ist. Er nimmt unsere Sorgen und Anregungen mit nach Berlin und er vermittelt die Berliner Politik zurück nach Mannheim.“

Betriebsräte für Soziale Demokratie

Es geht um klare Alternativen:

- sichere Arbeitnehmerrechte oder heuern und feuern,
- soziale Sicherheit oder Kahl-schlag des Sozialstaates,
- gerechte Entlohnung oder Lohndrückerei.

Kurz: Es geht um den Erhalt und die Weiterentwicklung unserer sozialen Wirtschaftsord-

Zur Konferenz mit dem Bundeskanzler begrüßte Lothar Mark die teilnehmenden Betriebsräte sowie Vertreter der IG Bau und des DGB. Sie nutzten die Möglichkeit, die Fragen ihrer Belegschaft vorzutragen. Im Zentrum stand dabei die drohende Arbeitsplatzverlagerung ins Ausland, verbunden mit der

nung oder Marktradikalismus pur. Politik für Arbeit und soziale Gerechtigkeit wird es auch in Zukunft nur mit einer starken SPD und einem Bundeskanzler Gerhard Schröder geben. Deshalb setzen wir uns am 18. September für die Wahl der SPD ein.

Ganztagschulen für Mannheim

Lothar Mark unterstützt Ganztagschulinvestitionen für die Zukunft Deutschlands.

Kinder brauchen Zeit, um sich zu entwickeln, um Begabungen zu entdecken und Schwierigkeiten zu bewältigen. Unsere Gesellschaft hat sich gewandelt, in vielen Familien müssen oder wollen beide Elternteile arbeiten. In anderen europäischen Ländern ist es längst selbstverständlich, dass der Staat durch entsprechende Betreuungsangebote diejenigen unterstützt, die Familie und Beruf miteinander vereinbaren wollen und müssen. Nicht nur angesichts der sinkenden Geburtenrate ist es höchste Zeit, dass auch in Deutschland Familien mehr unterstützt und gefördert werden. Mit dem Investitionsprogramm „Zukunft, Bildung und Betreuung“, das den Ausbau von Ganztagschulen bis

2007 mit 4 Mrd. Euro fördert, hat die jetzige Bundesregierung einen großen Schritt in die richtige Richtung getan. Das Ziel ist es, 10.000 Ganztagschulen zu schaffen. Ein Beispiel dafür, dass Ganztagschulen die Ausbildung optimieren, ist Finnland, ein Gewinner der „PISA-Studie“. Das pädagogische Konzept der Ganztagschulen konzentriert sich auf die individuelle Förderung der Schüler, die Veränderung der Lernkultur, soziales Lernen sowie die kreative Freizeitgestaltung. Den Schülern soll durch die hinzugewonnene Zeit die Chance gegeben werden, den Lernstoff intensiver zu bearbeiten, um gleichzeitig Schwächen zu beheben und Talente zu fördern.

Die Hausaufgaben werden zu Schulaufgaben und der Abend mit den Eltern wird zur Famili-

enzeit. Damit werden Eltern, vor allem Alleinerziehende, stark entlastet und der Staat übernimmt Verantwortung, denn Bildung ist unsere wichtigste Ressource für die Zukunft. Da nicht alle Eltern und Kinder die gleichen Bedürfnisse haben, begrüßt Lothar Mark das flexible Angebot von Schulen, das von der Kernzeitbetreuung am Vormittag bis zur Ganztagsbetreuung (bis 17 Uhr) reicht. Wir sind darauf angewiesen, uns im internationalen Wettbewerb mit gut ausgebildeten Menschen zu behaupten. Deshalb haben wir die Ausgaben für Bildung und Forschung um 37,5% gesteigert. So können auch acht Mannheimer Schulen mit Mitteln des Bundes beim Auf- und Ausbau des Ganztagschulangebots unterstützt werden. Doch damit ist erst der Anfang gemacht. Lothar Mark betont, dass der Bedarf an Ganztagschulen enorm sei und dadurch die schulische Ausbildung faktisch verbessert werden könne. Zudem fordert er Kultusministerin Shavan auf, den Ausbau der Ganztagschulen in Baden-Württemberg über das vom Bund geförderte Maß hinaus als Angebotsschule sicherzustellen.

Judith (22)

Studiengebühren widersprechen der sozialen Gerechtigkeit.

Ich sehe die Einführung von Studiengebühren sehr kritisch. Auch bei einer zeitgleichen Einführung von Fördergeldern oder niedrig verzinsten Krediten ist das Ganze mit Vorsicht zu genießen. Zu wissen, dass man jahrelang auf Schulden sitzen wird, ist sicher für viele eine große Hemmschwelle, ein Studium zu beginnen.

Zweifelsohne muss mehr Geld in Bildung investiert werden. Ein höheres Bildungsniveau kommt der gesamten Gesellschaft zu Gute und sollte deshalb auch von ihr getragen werden. Damit Bildung nicht zur Ware wird, die man sich leisten können muss.

Kanzler-Treffen mit Mannheimer Betriebsräten

Bitte an den Kanzler, sich bei den Unternehmen für den Standort Deutschland stark zu machen. Die Probleme der Bauindustrie sah Schröder nicht zuletzt in den Überkapazitäten, die in Folge der Wiedervereinigung geschaffen wurden. Das Entsendegesetz müsse zügig verabschiedet werden, um die Arbeitsplätze in der

Baubranche vor Lohndumping zu schützen. Angesprochen wurde auch das Problem des Einzelhandels mit der Ausweitung der Ladenöffnungszeiten. Hier sagte Schröder, selbst Einzelhandelskaufmann, seinen Einsatz gegen weitere Ausweitungen zu – der Sonntag soll tabu bleiben. Die Betriebsräte äußerten sich zudem

besorgt über die mögliche Anhebung des Renteneintrittsalters und die zukünftige Rentenfinanzierung. Schröder sprach sich für eine Anhebung des faktischen und nicht des nominalen Renteneintrittsalters aus. Wichtig sei, dass Menschen tatsächlich länger in sozialversicherten Arbeitsverhältnissen stehen. Insbesondere angesichts der demographischen Entwicklung und der noch vorherrschenden Tendenz, Arbeitnehmer auf Kosten der Allgemeinheit in den frühzeitigen Ruhestand zu verabschieden. Die Betriebsräte forderten eine kritische Überprüfung von Hartz IV, damit Menschen, die über Jahrzehnte zuverlässig ihre Arbeit gemacht haben, nicht unterhalb der Armutsgrenze landen. Denn damit werde auch den Betriebsräten jeder Spielraum bei der Aushandlung von Sozialplänen genommen.



Bundeskanzler Gerhard Schröder, Lothar Mark und weitere SPD-Politiker mit Mannheimer Betriebsräten

Arbeitnehmerrechte erhalten und stärken

Zu den Grundlagen unserer sozialen Marktwirtschaft gehört die gerechte Teilhabe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an den Entscheidungen ihres Betriebes.

Mitbestimmung, Arbeitnehmerschutz und Tarifautonomie haben sich bei der Erhaltung des sozialen Friedens bewährt. Sie garantieren gerechte Bedingungen am Arbeitsplatz und sind die Basis für verantwortungsvolle Zusammenarbeit, wirtschaftlichen Erfolg und Innovationen. Wirtschaftlicher Aufschwung und soziale Gerechtigkeit sind keine Gegensätze. Die Beteiligung

der Arbeitnehmervertreter hat unsere soziale Marktwirtschaft auch international stark gemacht und konkurrenzfähig gehalten. In fairer sozialer Partnerschaft setzen sich die Betriebsräte für pragmatische Lösungen ein, die allen nutzen. Sie müssen Grundpfeiler unserer sozialen Demokratie bleiben.

Lothar Mark und die SPD setzen sich für soziale Gerechtigkeit und die Sicherung der Arbeitnehmerrechte auch in den Mannheimer Betrieben ein:

Kündigungsschutz, faire Befristungsregeln, verlässliche Arbeitsbedingungen und ge-

rechte Entlohnung müssen im Vordergrund stehen. Unser Land braucht selbstbewusste Arbeitnehmer, deren Antrieb der Wille zum Anpacken und nicht die Angst vor unternehmerischer Willkür ist.

Die gesetzliche Verankerung von Mitbestimmung und Tarifautonomie muss erhalten bleiben. Dazu wollen wir starke, durchsetzungsfähige Gewerkschaften.

Die SPD steht für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit in der Arbeitswelt, zur Sicherheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland.

Mut zu Reformen für unser Land

Arbeitsmarkt modernisieren, Menschen in Arbeit bringen, bessere Vermittlung und Förderung.

Mit der Agenda 2010 hat die Bundesregierung eine Reihe von Gesetzen verabschiedet, um dem größten Problem in unserem Land zu begegnen, der hohen Arbeitslosigkeit:

Schnellere und bessere Vermittlung auf dem Arbeitsmarkt, Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, aktive Förder- und Weiterbildungsmaßnahmen und Umbau der Bundesagentur für Arbeit zu einer modernen Dienstleistungsagentur.

Was die schwarz-gelbe Regierung 16 Jahre lang versäumt hat, dazu hatten wir den Mut und die nötigen Ideen. Die Umsetzung der so genannten Hartz-Gesetze hat große Anstrengungen erfordert, vielerorts wurden Menschen von dem Schlagwort „Hartz IV“ verunsichert. Dabei ist aus dem Blickfeld geraten, dass sich dadurch für viele Menschen neue Chancen ergeben, sich zahlreiche neue Wege aus der Arbeitslosigkeit in die Beschäftigung eröffnet haben.

Ehrlichkeit geht vor: Die Zahlen in der Arbeitslosenstatistik sind nun bedeutend höher als vor Jahresfrist. Doch sie entsprechen eher den Tatsachen, denn sie erfassen nun alle Betroffenen. Durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe wurde auch für alle bisher nicht erfassten erwerbsfähigen Langzeitarbeitslosen eine Grundsi-

cherung eingeführt. Über eine Million ehemalige Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger wurden aus der Sozialhilfe herausgeholt und haben nunmehr einen Anspruch auf das gleiche Angebot an Förderung und Jobvermittlung wie alle anderen Arbeitssuchenden. Sie sind jetzt zudem kranken- und pflegeversichert.

Neue Wege beschreiten: Die Bundesagentur für Arbeit wurde zu einem modernen Dienstleister umgestaltet und räumt den regionalen, kompetenten Job-Centern vor Ort größere Spielräume zur Vermittlung und Qualifizierung Arbeitssuchender ein. Neue Förderinstrumente und Eingliederungshilfen in den Arbeitsmarkt wie z. B. die kreditbasierte Förderung von Existenzgründern, Mini-Jobs und Ich-AGs stehen zur Verfügung und werden erfolgreich genutzt.

Jungen Menschen Perspektiven geben: Besonders für jugendliche Erwerbslose bietet die Arbeitsmarktreform jetzt deutlich bessere Vermittlungs- und Förderungsmöglichkeiten. Statt wie bisher um 400 wird sich künftig ein Arbeitsmittler um nur noch 75 jugendliche Arbeitslose kümmern. Unser Ziel: Kein junger Mensch unter 25 Jahren soll länger als drei Monate ohne Arbeit, Ausbildung oder weiterführende Beschäftigung sein. Seit 1.1.2005 ist es nicht nur ein Versprechen, sondern eine Pflichtaufgabe der Vermittler, jedem Jugendlichen umgehend einen Ausbildungsplatz, ein Praktikum

oder einen Zusatzjob mit Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen zu vermitteln.

Ältere Menschen im Blick behalten: Auch ältere Arbeitslose werden besonders berücksichtigt. Mit bis zu 250 Millionen Euro sollen regionale Beschäftigungspakte gefördert werden. Unter dem Stichwort „Lebenslanges Lernen“ werden die zusätzlichen Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote für Ältere zusammengefasst.

Gegen die Blockade von Union und FDP wollen wir die Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I um zwei Jahre auf Anfang 2008 verschieben.

Fördern und Fordern: Die finanzielle Grundsicherung für Arbeitslose soll nachgebessert und in Ost wie West angepasst werden. Für eine gerechte, solidarisch finanzierte Unterstützung Arbeitsloser wird auch in Zukunft gesorgt sein.

Das Prinzip des Forderns bedeutet jedoch auch, dass neben dem Anspruch auf Fördermaßnahmen ein Stück weit Eigenleistung zu erbringen ist.

Dies setzt die Bereitschaft voraus, eine zumutbare Arbeit anzunehmen. Den Menschen wird durch die Arbeitsmarktreform eine faire Chance geboten, sich den Zugang zu einem qualifizierten Arbeitsplatz zu eröffnen. Anders als Union und FDP steht die SPD auch in Zukunft für eine aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, die die Arbeitssuchenden nicht allein lässt.

Stichwort

Familienpolitik

Junge Familien besser fördern

Deutschland muss familien- und kinderfreundlicher werden, denn es werden zu wenig Kinder geboren. Aber niedrige Geburtenraten gefährden auf Dauer Wohlstand und Wachstum. Kinder sind das größte Kapital, über das unser Land verfügt. Eine Gesellschaft mit zu wenigen Kindern verliert den inneren Zusammenhalt und hat keine Zukunft. Deshalb plant die SPD eine Reihe von Maßnahmen, mit denen junge Familien gefördert werden sollen.

- Das bisherige Erziehungsgeld soll in ein für ein Jahr gezahltes Elterngeld umgewandelt werden. Ab 2008 sollen Mütter und Väter 67 % ihres letzten Nettoeinkommens bis zu einem Höchstsatz von 1.800 Euro monatlich erhalten. Für nicht Erwerbstätige beträgt diese Summe bis zu 750 Euro. Familien und Alleinerziehende sind damit auch in der „Baby-Pause“ wirtschaftlich abgesichert.
- Gemeinsam mit Ländern und Gemeinden soll schrittweise die Gebührenfreiheit von Kitas durchgesetzt werden.
- Bis 2010 soll der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz für jedes Kind ab dem zweiten Lebensjahr umgesetzt werden.
- Wir haben das Kindergeld für das 1. und 2. Kind um 42 Euro von 112 Euro auf
- 154 Euro im Monat angehoben (+ 37,5 Prozent).
- Wir haben einen Kinderzuschlag für einkommensschwache Familien von bis zu 140 Euro pro Kind eingeführt. Eine Familie mit zwei Kindern und einem Nettoeinkommen von 1025 Euro erhält damit 280 Euro zusätzlich.
- Wir haben den Erziehungsurlaub zu einer flexiblen Elternzeit umgestaltet.
- Wir fördern die Einrichtung von Ganztagschulen in den Ländern bis 2007 mit 4 Milliarden Euro.
- Wir schaffen mehr und bessere Betreuung für Kinder unter drei Jahren.
- Bis 2010 werden 230.000 neue Betreuungsplätze entstehen.

Spiegelsiedlung bleibt erhalten

Die Spiegelsiedlung ist das älteste erhaltene Arbeitersiedlungsgebäude (1853) in Deutschland. Von den ehemals 19 Blocks steht nur noch einer, da die anderen schon in den 60er Jahren moderner Wohnkultur weichen mussten. Der letzte Block verfiel nun schon seit Jahrzehnten und jegliche Versuche ihn zu erhalten und umzugestalten scheiterten. Doch in jüngster Zeit konnten nun unter Federführung Lothar Marks wieder Gespräche und Verhandlungen zur Erhaltung dieses geschichtsträchtigen Gebäudes stattfinden. Inzwischen wird das alte Gebäude saniert und renoviert, um neue geräumige Eigentumswohnungen entstehen zu lassen. Doch die Siedlung war nicht nur die älteste Deutschlands, sondern auch Seppl Herberger, der Fußballweltmeister von 1954, wurde

hier geboren. Somit wird hier doppelte Geschichte erhalten und rechtzeitig zum Stadtjubiläum ein Kleinod fertig gestellt.



Lothar Mark vor der „Seppl Herberger“ Erinnerungstafel

	Steuern	Arbeit	Soziales und Löhne	Ki
SPD	Die SPD ist gegen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer und will Topverdiener ab einem Jahreseinkommen von 250.000/500.000 Euro (Ledige/ Verheiratete) mit einer Zusatzsteuer von drei Punkten auf den Spitzensteuersatz von 42 Prozent belegen.	Der Ausbildungspakt mit den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft wird fortgesetzt. Die SPD will einheitlich 345 Euro im Monat Arbeitslosengeld II in Ost und West zahlen. Wichtige Arbeitnehmerrechte wie Kündigungsschutz bleiben garantiert. Eingriffe in die Tarifautonomie werden abgelehnt.	Die SPD ist für gesetzliche Mindestlöhne, wenn tarifliche Vereinbarungen nicht greifen und auch durch Ausweitung des Entsendegesetzes nicht unterstützt werden können.	Die SPD will die Kommunen bei der Finanzierung für Kitas, Kindergärten, Schulen und Jugendberufshilfen unterstützen. Die SPD will die Elternzeit für Kitas, Kindergärten, Schulen und Jugendberufshilfen unterstützen.
Grüne	Die Grünen wollen den Spitzensteuersatz von 42 auf 45 Prozent anheben, eine Mehrwertsteuererhöhung lehnen sie ab.	Um die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern, schlagen die Grünen die Senkung der Lohnnebenkosten für Niedrigverdiener vor.	Die Grünen setzen sich für einen regional und branchenspezifisch differenzierten Mindestlohn ein. Rechtliche Regeln soll es nur dann geben, wenn armutsfreie Tarifverträge nicht zu Stande kommen.	Die Einführung von Elternzeit für Kitas, Kindergärten, Schulen und Jugendberufshilfen soll zum jetzigen Zeitpunkt nicht in einen Rechtsstreit über die Elternzeit im Jahr 2005 münden.
CDU/CSU	Die Mehrwertsteuer soll von 16 auf 18 Prozent steigen. Im Gegenzug soll der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 auf 4,5 Prozent sinken. In der Einkommensteuer soll der Eingangssatz von heute 15 auf zwölf, der Spitzensatz von 42 auf 39 Prozent gesenkt werden. Im Gegenzug sollen Steuervergünstigungen gestrichen werden.	Betriebliche Bündnisse sollen eine rechtliche Grundlage bekommen. Abweichungen vom Tarifvertrag sollen möglich sein, wenn zwei Drittel der Belegschaft zustimmen. Ich-AGs will die Union abschaffen. Für bereits gegründete Ich-AGs soll es Bestandsschutz geben. Für Neueinstellungen soll der Kündigungsschutz in Betrieben bis zu 20 Personen nicht gelten. In größeren Betrieben wird er erst ab zwei Jahren wirksam.	Langzeitarbeitslose können für zehn Prozent unter Tarif eingestellt werden.	Die Union will die Kommunen bei der Finanzierung für Kitas, Kindergärten, Schulen und Jugendberufshilfen unterstützen.
FDP	Die FDP schlägt ein Drei-Stufen-Modell von 15, 25 und 35 Prozent vor. Langfristig soll eine Flat-Tax mit einem einheitlichen Steuersatz für alle Einkünfte geschaffen werden.	Die FDP will betriebliche Öffnungsklauseln ausweiten. Wenn 75 Prozent der Belegschaft in geheimer Abstimmung zustimmen, sollen Abweichungen vom Tarifvertrag möglich sein. Arbeitnehmer sollen Vertreter in den Aufsichtsgremien ausschließlich selbst bestimmen. Mindestlöhne werden abgelehnt.	Die FDP tritt für die Einführung eines Bürgergeldes ein. Alle 138 steuerfinanzierten Sozialleistungen sollen zusammengefasst werden. Dazu gehören Arbeitslosengeld, Bafög, Kindergeld und auch Sozialhilfe. Damit soll Bürokratie abgebaut und Missbrauch vermieden werden. Die FDP will die Hinzuverdienstmöglichkeiten für Arbeitslose ausweiten.	Familien sollen die Kommunen bei der Finanzierung für Kitas, Kindergärten, Schulen und Jugendberufshilfen unterstützen.

Adler Mannheim – Eishockey Heimspiele in der SAP-Arena

08.09.	Adler Mannheim – DEG Metro Stars
16.09.	Adler Mannheim – Hannover Scorpions
23.09.	Adler Mannheim – Füchse Duisburg
30.09.	Adler Mannheim – Frankfurt Lions
04.10.	Adler Mannheim – Eisbären Berlin
07.10.	Adler Mannheim – Kassel Huskies
14.10.	Adler Mannheim – Hamburg Freezers
21.10.	Adler Mannheim – Augsburger Panther
30.10.	Adler Mannheim – Kölner Haie

Mannheimer Sportkalender 2005

VfR Mannheim – Fußball-Oberliga Heimspiele im Rhein-Neckar-Stadion

17.09.	VfR Mannheim – SSV Ulm 1846
24.09.	VfR Mannheim – SSV Reutlingen
15.10.	VfR Mannheim – ASV Durlach
05.11.	VfR Mannheim – SC Freiburg II
19.11.	VfR Mannheim – 1. FC Normannia Gmünd
10.12.	VfR Mannheim – TSG Hoffenheim II

Lothar Mark verfolgt das rege Vereinsleben und wünscht allen Mannheimer Sportlern viel Erfolg bei der Deutschen Meisterschaft und der Doppelweltmeisterschaft.

Kinderbetreuung und Familie	Rente	Gesundheitswesen	Außen- und Verteidigungspolitik
<p>l zusammen mit Ländern und schrittweise die Gebührenfrei- s umsetzen und das bisherige eld in ein für ein Jahr gezahl- d mit Einkommens- on umwandeln.</p>	<p>Die SPD hält die gesetzliche Rentenver- sicherung für die wichtigste Säule der Altersversicherung.</p>	<p>Die SPD will die Krankenversicherung zu einer Bürgerversicherung weiterentwi- ckeln, in die auch Gutverdienende, Beam- te, Selbstständige und Politiker einzahlen.</p>	<p>Die SPD strebt einen Sitz im UN-Sicher- heitsrat an. Die Aufnahme von EU-Bei- trittsgesprächen mit der Türkei wird befürwortet.</p>
<p>ung eines einkommensab- erngeldes lehnen die Grünen Zeitpunkt ab. Sie wollen anspruch auf einen Tagesbe- z auch für Kinder unter drei</p>	<p>Die Grünen lehnen eine schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters ab. Sie erwarten eine Entwicklung der Rente hin zu einer Basissicherung und wollen ergän- zende private Vorsorge weiter fördern.</p>	<p>Die Grünen streben eine Bürgerversiche- rung an, in die alle gemäß ihrer Leistungs- fähigkeit einzahlen.</p>	<p>Die Grünen streben eine europaweite Volksabstimmung über die EU-Verfas- sung an. Die Wehrpflicht soll abgeschafft werden.</p>
<p>ill einen Grundfreibetrag on 8.000 Euro einführen.</p>	<p>Die Union will ab 2007 für Neugeborene einen Kinderbonus von monatlich 50 Euro als Beitragsermäßigung in der Ren- tenversicherung einführen. Vorerst soll das Renteneintrittsalter nicht erhöht werden.</p>	<p>2007 will die Union die Gesundheitsprä- mie einführen. Alle Versicherten zahlen den gleichen Betrag zur Krankenversiche- rung. Kinder bleiben beitragsfrei mitver- sichert. Die Höhe der Gesundheitsprämie ist allerdings im Programm nicht festge- schrieben. Ursprünglich war von 109 Euro die Rede.</p>	<p>Mit der Türkei will die Union eine „privi- legierte Partnerschaft“ und keine Vollmit- gliedschaft in der EU vereinbaren. Die Wehrpflicht soll erhalten bleiben.</p>
<p>en stärker steuerlich den.</p>	<p>Die FDP will die private Altersvorsorge ausbauen. Der Rentenbeitragssatz soll 19 Prozent nicht übersteigen.</p>	<p>Die FDP tritt für die Abschaffung der ge- setzlichen Krankenversicherung und deren Umwandlung in private Versicherungen ein. Ein Mindestversicherungsschutz soll Pflicht sein.</p>	<p>Beitrittsverhandlungen mit der Türkei will die FDP ergebnisoffen führen. Im Rahmen einer UN-Reform streben die Liberalen einen Sicherheitsratssitz an. Die Wehrpflicht ist nach ihrer Meinung nicht mehr zu halten.</p>

2005

nsleben mit großem Interesse ner Vereinen viel Erfolg. Mannheim zum Sieg nd Carolin Leonhard zum titel im Kanu.

**Badischer Rennverein
Waldrennbahn Mannheim-Seckenheim**

11.09. BMW Renntag, Preis der BMW Niederlassung Mannheim, Agl. II, 1.900 Meter

**SVW Mannheim – Fußball-Oberliga
Heimspiele im Carl-Benz-Stadion**

10.09.	SVW Mannheim – SG Sonnenhof-Großaspach
30.09.	SVW Mannheim – TSG Hoffenheim II
22.10.	SVW Mannheim – TSV Crailsheim
28.10.	SVW Mannheim – FC Emmendingen
01.11.	SVW Mannheim – FC Nöttingen
12.11.	SVW Mannheim – SSV Ulm 1846
26.11.	SVW Mannheim – SSV Reutlingen
03.12.	SVW Mannheim – FV Lauda

**Rhein-Neckar-Löwen – Handball-Bundesliga
Heimspiele in der SAP-Arena**

10./11.09.	Rhein-Neckar Löwen – VfL Pfullingen
24./25.09.	Rhein-Neckar Löwen – HSV Hamburg
08./09.10.	Rhein-Neckar Löwen – VfL Gummersbach
22./23.10.	Rhein-Neckar Löwen – GWD Minden-Hannover
12./13.11.	Rhein-Neckar Löwen – FA Göppingen
03./04.12.	Rhein-Neckar Löwen – MSG Melsungen/Böddiger
21.12.	Rhein-Neckar Löwen – Concordia Delitzsch

„Ihr begünstigt das, was ihr bekämpfen wollt!“

Der Ehrenvorsitzende der SPD Hans-Jochen Vogel über die Linkspartei und ihre Anhängerschaft.

Als ehemaliger Vorsitzender der SPD müssen Sie mit ansehen, wie einer ihrer Nachfolger jetzt auf den Listen der PDS antritt. Was empfinden Sie dabei?

Hans-Jochen Vogel: „Dieser Vorgang bedrückt und empört mich. Er ist in der Geschichte der Partei ohne Beispiel. Anders wäre es gewesen, wenn der Betreffende innerhalb der Partei für seine Positionen gekämpft hätte. Dann hätte ich diesen Positionen widersprochen, aber akzeptiert, dass er seinerseits Mehrheiten dafür anstrebt. Aber das war wohl für einen Mann, der den Vorsitz der SPD, den vor ihm Männer wie Bebel, Schumacher und Brandt innehatten, wie einen schmutzigen Anzug von sich geworfen hat, zu konventionell. Er kritisierte seine Partei und insbesondere den Bundeskanzler lieber in der Bildzeitung.“

Die erweiterte PDS behauptet, sie sei die „einzige Alternative“ zu allen anderen Parteien. Wie bewerten Sie diese Aussage?

Hans-Jochen Vogel: „Das erscheint mir einigermaßen überheblich. Darin steckt ja die Behauptung, dass sich die Wahlprogramme der SPD, der Union, der FDP und der Grü-

nen überhaupt nicht voneinander unterscheiden. Allein schon die Stichworte Mehrwertsteuererhöhung, Kürzung der Pendlerpauschale, Wegfall der Steuerbefreiung für Nacht- und Feiertagszuschläge, Kopfprämie und Beschneidung der Arbeitnehmerrechte zeigen, dass diese Behauptung unwahr ist.“



Hans-Jochen Vogel

Was sagen Sie denen, die glauben, mit einer Stimme für die erweiterte PDS die Politik in Deutschland verändern zu können?

Hans-Jochen Vogel: „Ich verstehe, dass der eine oder andere von Euch seinem Frust auf diese Weise Ausdruck geben will. Aber Ihr erliegt einem Irrtum. Indirekt helft Ihr nämlich der Union, weil Eure Stimmen generell betrachtet der SPD fehlen

und die Differenz zwischen SPD und Union beeinflussen. Damit stärkt Ihr im Ergebnis die Partei, die zusammen mit der FDP viel härter in die sozialen Strukturen eingreifen will, als die Umstände das erfordern. Ihr begünstigt all das, was Ihr bekämpfen wollt.“

Sehen Sie in den Vorschlägen der erweiterten PDS eine akzeptable Antwort auf die Probleme und Herausforderungen unserer Zeit?

Hans-Jochen Vogel: „Nein. Diese Vorschläge leugnen die Realität und sind Ausdruck eines Wunschdenkens. Insbesondere lassen sie den verschärften internationalen Wettbewerb und die demografische Entwicklung außer Acht. Und sie sind nicht finanzierbar. Offenbar gehen sie davon aus, dass man nie auf die Probe gestellt wird, sie zu verwirklichen. Da, wo die PDS wie in Berlin oder in Mecklenburg-Vorpommern auf die Probe gestellt wurde, hat sie einschneidende Kürzungen mitverantwortet. Im Übrigen hat Ferdinand Lassalle schon 1862 gesagt: Alle große politische Aktion besteht in dem Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit. Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist. Gerade das geschieht aber hier.“

Kleine und mittlere Unternehmen

Rund 3,3 Millionen kleine und mittlere Unternehmen, Selbstständige in Handwerk und industriellem Gewerbe, im Handel und Tourismus, in Dienstleistungen und Freien Berufen prägen das Gesicht der deutschen Wirtschaft.

→ Über 99% aller Unternehmen sind hierzulande kleine und mittlere Unternehmen, Unternehmen also mit einem Jahresumsatz bis zu 50 Millionen Euro und bis zu 500 Beschäftigten.

→ Kleine und mittlere Unternehmen tätigen gut 43% aller steuerpflichtigen Umsätze, → sie tragen mit knapp 49% zur Bruttowertschöpfung aller Unternehmen bei,

→ sie bieten knapp 70% der Arbeitsplätze an und → sie stellen 80% der Ausbildungsplätze bereit.

Der Mittelstand ist deshalb Rückgrat der deutschen Volkswirtschaft und für Beschäftigungsentwicklung und Bereitstellung von Ausbildungsplätzen von herausragender Bedeutung. Wenn es darum geht, neue Wachstumsmärkte und Technologien zu erschließen, die internationale Präsenz der deutschen Wirtschaft zu erhöhen und die Kooperationsmöglichkeiten mit ausländischen Partnern zu nutzen, kommt kleinen und mittleren Unternehmen eine zentrale Bedeutung zu.

Kommentar

Sozialdemokratische Mittelstandspolitik verbessert die Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen. Ziel ist dabei, die Entwicklungs- und Innovationspotenziale voll zur Entfaltung zu bringen, damit sie im Wettbewerb, gerade in Zeiten der Globalisierung bestehen können. Das ist nicht Aufgabe der Politik allein. Auch Verbände, Kammern, Gewerkschaften und nicht zuletzt Akteure selbst sind gefordert, ihren Beitrag zu leisten, damit der Mittelstand sichere und zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen kann. Die Sozialdemokraten setzen dabei auf einen dauerhaften Dialog mit der Wirtschaft, um kleine und mittlere Unternehmen effizient und pragmatisch zu unterstützen. Noch zu keiner Zeit sind so viele mittelstandspolitische Aktivitäten in so kurzer Zeit auf den Weg gebracht und umgesetzt worden wie am Beginn der jetzigen Legislaturperiode, auch wenn aufgrund der derzeit angespannten konjunkturellen Entwicklung die Erfolge dieser Politik für viele noch nicht hinreichend sichtbar werden.

Lothar Mark, MdB

Mut, Kraft und Stehvermögen Wirtschaftsinitiative unterstützt Kanzler im Wahlkampf

Herr Gottschalk, Sie sind Mitinitiator einer Wirtschaftsinitiative für den Bundeskanzler. Warum unterstützen Sie Gerhard Schröder?

Christoph Gottschalk: „Entscheidend sind für uns nicht Parteipräferenzen, entscheidend sind die politischen Leistungen des Bundeskanzlers in den vergangenen Jahren. Wir wollen, dass die Reformen, für die Schröder steht, nachdrücklich fortgesetzt werden.“

Was schätzen Sie an Gerhard Schröder besonders?

Christoph Gottschalk: „Gerhard Schröder hat mit großem Mut und beachtlichem Stehvermögen die notwendigen Veränderungen bewirkt. Wie kaum ein anderer Spitzenpolitiker in Deutschland erkennt der Kanzler die Bedeutung und die Bedingungen wirtschaftlichen

Wachstums an. Und er hat die Kraft bewiesen, auch gegen erhebliche Widerstände die richtigen politischen Konsequenzen zu ziehen.“

Dabei gibt es auch kritische Stimmen zu seiner Außenwirtschaftspolitik.

Christoph Gottschalk: „Die wir nicht verstehen. Schröder treibt die Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union konsequent voran. Das ist absolut notwendig. Er baut die Beziehungen zu Russland und China weiter aus, beides ganz wichtige Wirtschaftspartner für uns. Er hat entscheidend dazu beigetragen, das Ansehen Deutschlands in Asien und Afrika erheblich zu steigern. Das hilft, hier neue Märkte zu erschließen. Und nicht vergessen! Gerhard Schröder ist es zu verdanken, dass Deutschland sich nicht am Irak-

Krieg beteiligt hat.“
Was geben Sie ihm mit in den Wahlkampf?

Christoph Gottschalk: „Der Kanzler verdient unsere volle Unterstützung. Wir schätzen ihn als verlässlichen politischen Sachwalter unternehmerischer Belange und auch persönlich als hoch verbindlichen Ansprechpartner und äußerst fähigen Unterstützer bei bedeutenden internationalen Akquisitionen.“

Im Internet:
www.wirtschaftsinitiative-schroeder.de



Christoph Gottschalk ist Geschäftsführer des Medienunternehmens DOLCE MEDIA, das die Brüder Thomas und Christoph Gottschalk 1999 gegründet haben.

Kanzler bei Fuchs Petrolub

Nach einer kurzen Unternehmenspräsentation des Vorstandsvorsitzenden Stefan Fuchs lernte Bundeskanzler Schröder bei einer Betriebsbesichtigung verschiedene Schmierstoffe und deren vielfältige Anwendungsmöglichkeiten kennen. Danach wandte er sich an die Belegschaft, und sprach zu Themen wie Forschung und Entwicklung, Tarifautonomie und betriebliche Ausbildung. Er lobte die gute Zusammenarbeit zwischen Unternehmensleitung und Betriebsrat bei Fuchs Petrolub.



Bundeskanzler Gerhard Schröder und MdB Lothar Mark bei Fuchs Petrolub

Bahn in der Sackgasse

Die Schließung der Lücke im Hochgeschwindigkeitsnetz der Deutschen Bahn zwischen Frankfurt und Mannheim bereitet der Bahn und der Metropolregion Rhein-Neckar Kopfzerbrechen. Das Nadelöhr auf dieser Strecke müsste unbedingt ausgebaut werden. Die Strecken Köln-Frankfurt-Mannheim-Basel, Köln-Frankfurt-Mann-

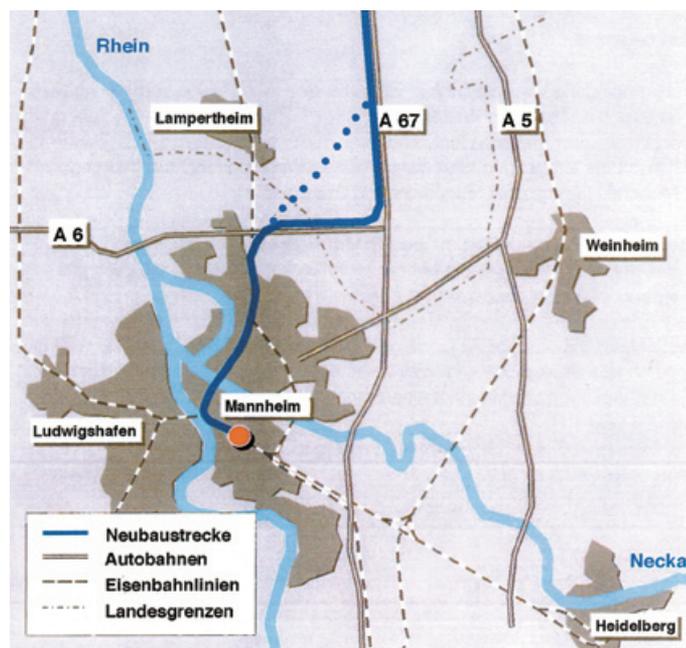
heim-München, Hamburg/Berlin-Frankfurt-Mannheim-Basel würden in ihrer gesamten Reisezeit erheblich beschleunigt, wenn der Streckenschluss zwischen Frankfurt Fernbahnhof und Mannheim endlich gebaut würde. Die Bahn wollte die Umfahrungsmöglichkeit des zentralen Knotens Mannheim mit einem Bypass. Dagegen wurde im

Südwesten Deutschlands protestiert. Lothar Mark hat zusammen mit dem Raumordnungsverband Rhein-Neckar mehrere Alternativen vorgeschlagen – alle ohne Bypass – die aber von der Bahn nicht aufgegriffen wurden. Ergebnis des bisherigen Planungsverfahrens ist, dass das Regierungspräsidium Karlsruhe den Bypass untersagt, genauso wie der Deutsche Bundestag. Herausgekommen ist eine Lösung, die für eine Hochgeschwindigkeitstrasse nicht hinnehmbar ist; zweimal rechter Winkel in der Trasse bedeutet erhebliche Reduktion der Geschwindigkeit.

Die von Lothar Mark vorgeschlagenen Planungen wurden vom Regierungspräsidium nie untersucht, da sie von der Bahn nicht eingereicht wurden.

Die Markschen Pläne sind im folgenden dargestellt. Mit dem Raumordnungsverband hatte sich Mark auf die gepunktete Variante verständigt, die allerdings weiter südöstlich den Lampertheimer Wald in Tunnellage durchqueren sollte.

Da keine Baureife für die Stre-



Kommentar

Bahnchef Mehdorn hat sich bei der Trassenplanung Frankfurt-Mannheim-Stuttgart übernommen. Er wollte für den siebtgrößten Ballungsraum eine Durchfahrsmöglichkeit für Hochgeschwindigkeitszüge schaffen und hat dabei sich und seine Ziele selbst ad absurdum geführt. Wer an Mannheim 70 km nach dem Fernbahnhof Frankfurt am größten ICE-Knoten Süddeutschlands vorbeifahren möchte, weil er nicht an „jeder Milchkanne“ halten könne und dafür aber einen Halt in Darmstadt einplant, also 25 Kilometer vom Fernbahnhof Frankfurt entfernt, darf sich nicht wundern, dass diese Strategie nicht aufgehen konnte. Vermutlich hatte Bahnchef Mehdorn taktieren wollen, da die vom Fernbahnhof Frankfurt 25 und 70 Kilometer weit entfernten Haltepunkte abgelehnt werden würden.

Das Ergebnis ist nun, dass auch Darmstadt einen Halt bekommen soll. Und da scheinbar die Bahn generell mit dem Bypass gerechnet hatte, hat sie wenig Sorgfalt für die übrige Planung walten lassen, was man daran sehen kann, dass die Anbindung Mannheims an das Hochgeschwindigkeitsnetz über zwei rechte Winkel erfolgen soll.

Ich glaube, dass wir in der Metropolregion Rhein-Neckar sehr gerne bereit sind, mit Bahnchef Mehdorn und mit der Deutschen Bahn über eine vernünftige Trassenplanung konstruktiv zu diskutieren.

Lothar Mark, MdB



cke gegeben ist, ist dieser Lückenschluss auch nicht im Realisierungsprogramm der Bahn aufgenommen.

Die Deutsche Bahn sollte die Zeit nutzen und sich erneut mit den von Mark und dem Raumordnungsverband vorgeschlagenen Lösungen auseinandersetzen und ein neues Verfahren einleiten.

Der Ausbau dieser Strecke ist auch deshalb von besonderer Bedeutung, weil die französischen Hochgeschwindigkeitszüge TGV von Paris über Mannheim nach Frankfurt fahren werden. Dies ist eine weitere Aufwertung des Knotens Mannheim; dazu sollte aber die östliche Riedbahn in ihrer Zweispurigkeit erhalten und ausgebaut werden.

Die SPD hält am Atomausstieg fest

Die wachsende Energienachfrage und der Klimawandel führten zur Notwendigkeit von Innovationen im Bereich regenerativer Energiegewinnung.

Die Risiken beim Kraftwerksbetrieb sind unkalkulierbar und vor allem die Entsorgungsfrage ist völlig ungeklärt. Deshalb setzen wir auf einen breiten Energiemix und auf einen effizienten und klimafreundlichen Umgang mit den Energieressourcen. An dem von der Bundesregierung 1998 vereinbarten Atomausstieg festzuhalten ist für uns besonders wichtig. Seitdem sind bereits drei Kraftwerke (Mühlheim-Kärlich, Stade und Obrigheim) vom Netz gegangen. Bundeskanzler Gerhard Schröder bezeichnete den gefundenen Konsens zum Atomausstieg als die historische Lösung eines lange währenden gesellschaftlichen Konfliktes. Während der Restlaufzeit der Atomkraftwerke muss der Sicherheit der Reaktorbetriebe erhöhte Aufmerksamkeit ge-

widmet werden. Zudem wird in einem weltweit einmaligen Verfahren die technologische und wissenschaftliche Grundlage für die Endlagerung radioaktiver Abfälle neu aufgearbeitet. Der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Müller nannte die Vereinbarung zum Atomausstieg als Beispiel für eine sinnvolle Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Politik. Er unterstrich dabei, dass der Wirtschaft kein Schaden entstehen werde. Die Opposition dagegen will den Ausstieg aus dem Ausstieg. Sie

will, dass die Atomkraftwerke am Netz bleiben und schließt es nicht aus, neue Kraftwerke zu bauen. Mit ihrer Haltung verhindert sie den Ausbau erneuerbarer Energien und den dazugehörigen Wirtschaftssektor, der sich im Aufschwung befindet. Angela Merkel verspricht in ihrem Wahlprogramm sinkende Energiepreise bei längeren Laufzeiten der AKWs. Zustimmung für diese These findet sie aber nicht einmal bei der Energiewirtschaft. „Der Strompreis bildet sich am Markt. Und so sollte es bleiben“, wie Walter Hohlenfelder, Präsident des Deutschen Atomforums, bereits mehrfach betonte. Genau betrachtet garantieren erneuerbare Energiequellen eher stabile Preise, da sie nicht auf knappe Ressourcen und damit schwankende Kurse, besonders in politisch instabilen Zeiten, angewiesen sind. Lothar Mark steht zusammen mit der Bundesregierung eindeutig für den Ausstieg aus der Atomenergie.

Für sichere und erneuerbare Energien

Wenn wir aus der Atomenergie aussteigen, brauchen wir eine optimale Alternative. Für uns ist das ein Energiemix aus Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Erdwärme. Rot-Grün förderte erneuerbare Energien, so dass ihr Anteil zwischen 1998 und 2004 von 4,7 Prozent auf 9,3 Prozent gestiegen ist. Auch die rechtlichen Grundlagen für eine Förderung erneuerbarer Energien wurden geschaffen. Mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz, das 2000 in Kraft trat, haben wir ein Förderinstrument entwickelt, das die Erforschung, Markteinführung und Förderung von erneuerbaren Energien durch Umlagefinanzierung ermöglicht. Dadurch wurden 130.000 zukunftssichere Arbeitsplätze geschaffen. Die Energiewende ist nicht nur eine Idee, sondern auch eine internationale Notwendigkeit und Verpflichtung. Im Kyoto-Protokoll wurde festgelegt, dass die Emissionen der wichtigsten Treibhausgase

bis 2012 um 21 Prozent gesenkt werden müssen. 18 Prozent haben wir mit unseren Reformen und Gesetzeserweiterungen schon erreicht. Der Kohlendioxid-Ausstoß ist nicht zuletzt durch unser Gesetzespaket zum Emissionshandel im Vergleich zu 1998 im Jahr 2004 um 25,2 Millionen Tonnen gesunken.

- Mit dem geschaffenen Erneuerbare Energien-Gesetz sollen bis 2010 rund 20 Mrd. Euro neue Investitionen ausgelöst werden. Damit wird Deutschland zum industriellen Weltmarktführer für die Solar- und Windkrafttechnologie.
- Hocheffiziente und klimaverträgliche Kohlekraftwerke bleiben ein wichtiger Energieerzeuger. Ziel sind emissionsfreie Kraftwerke, in denen CO₂ wirksam abgeschieden und gespeichert werden kann.
- Die Energieerzeugung aus Biomasse und andere innovative Technologien sollen weiter vorangetrieben werden.

**FÜR DEN
ATOMAUSSTIEG.
GEGEN NEUE
ATOMKRAFT-
WERKE.**

SPD
Vertrauen
in Deutschland.

www.spd.de

Was könnte da auf uns zukommen?



Wirbel um das radikale Steuerkonzept Kirchhofs, des Finanzexperten der Union.

Der CDU-Politiker Friedrich Merz stellte die von Kirchhof geplante Einheitssteuer in Frage. Die Mehrheit der Bundesbürger lehnt nach einer Umfrage eine Einheitssteuer ab.

So sehen die Rechenbeispiele Kirchhofs aus: Nachdem er die Steuerbelastung einer Sekretärin mit 40.000 Euro Jahresgehalt auf 4.000 Euro bezifferte, ermittelte Unions-Fraktionsvize Michael Meister nach Angaben der „Pas-sauer Neuen Presse“ für eine ledige Sekretärin eine Steuerlast von 6.750 Euro. Die Diskrepanz hätten Mitarbeiter Kirchhofs dann wie folgt erklärt: Gemeint sei keine ledige oder verheiratete Sekretärin, sondern die „Durchschnittssekretärin“. Bei dieser Modellrechnung sei unterstellt, dass diese 1,3 Kinder habe und zu einem „gewissen Prozentsatz“ verheiratet sei. Dann ergäbe sich eine Belastung von 4.000 Euro. (Quelle: dpa, 31.08.05)

Hermann Weinert
Vorsitzender des MGV Germania
„Ich wähle Lothar Mark, weil auf ihn als Politiker Verlass ist. Er sagt, was er denkt und er tut, was er sagt.“

Heiner Müller
Ehrevorsitzender des MSC und des BDS Wallstadt und Träger der Baden-Württembergischen Ehrennadel

„Ich wähle Lothar Mark, weil er immer ein offenes Ohr für die Vereine hat und weil er sich für die Menschen, das Handwerk und den Mittelstand, einsetzt.“

Stichwort Steuern

Attraktive Steuersätze für Unternehmen

Die Körperschaftsteuer wird von 25 Prozent auf 19 Prozent gesenkt. Diese Senkung soll kostenneutral gegenfinanziert werden, z.B. durch die Streichung von Subventionen. Die Gewerbesteuer bleibt als kommunale Steuer erhalten, wird aber so gestaltet, dass kleine Unternehmen stark entlastet werden. In einem weiteren Schritt will die SPD dann betriebliche von privaten Steuern trennen: Die Einkommen von Privatpersonen und die Gewinne von Personengesellschaften werden dann unterschiedlich besteuert. Dabei hält die SPD – im Gegensatz zu CDU/CSU und FDP – an der Steuerfreiheit von Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschlägen sowie an der Pendlerpauschale fest.

„Merkel-Steuer“ gefährdet neue Arbeitsplätze

Eine Mehrwertsteuererhöhung ist Gift für die wirtschaftliche Erholung.

Das Wahlprogramm von CDU/CSU war noch druckfrisch, da machte bereits ein neuer Begriff die Runde: die „Merkel-Steuer“.

Gemeint ist damit die Erhöhung der Mehrwertsteuer um mindestens zwei Prozent, die CDU/CSU-Kanzlerkandidatin Angela Merkel durchsetzen will. Dabei sind sich Wirtschaftsexperten einig: Eine Erhöhung der wichtigsten Konsumsteuer

Deutschlands wäre Gift für die wirtschaftliche Erholung und damit für neue Arbeitsplätze. Rund 500 Euro hätte eine deutsche Durchschnittsfamilie pro Jahr weniger im Portmonee. Einzelhandel und Handwerk wären davon besonders betroffen – Arbeitsplätze akut in Gefahr. Lothar Mark und die SPD sind gegen die Erhöhung der Mehrwertsteuer, denn sie zerstört dieses Vertrauen, fördert die Schattenwirtschaft und belastet vor allem Menschen mit geringerem Einkommen.

Freifahrten für Behinderte bleiben erhalten

Behinderte Menschen werden auch in Zukunft den öffentlichen Nahverkehr im Umkreis von 50 km von ihrem Wohnort kostenlos nutzen können.

Vorschläge zum Subventionsabbau waren die Grundlage für die geplanten Kürzungen bei der Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln. Auf Grund der zahlreichen Beschwerden von betroffenen Mannheimer Bürgern setzte sich der Bundestagsabgeord-

nete Lothar Mark in Berlin dafür ein, die geplanten Einschränkungen zu verhindern und war sich darin mit dem Behindertenbeauftragten der Bundesregierung einig.

Mark begrüßte, dass sich das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung nach konstruktiven Gesprächen mit den Verbänden behinderter Menschen zur Beibehaltung der bisherigen Regelung entschlossen hat.

Lothar Mark setzt sich erfolgreich für den Erhalt des Mannheimer Sozialgerichts ein

Mit großer Sorge vernahm der Mannheimer SPD-Bundestagsabgeordnete Lothar Mark die im Jahr 2004 erneut aufkommenden Berichte über eine mögliche Zusammenlegung der beiden Sozialgerichte Mannheim und Karlsruhe am Standort Karlsruhe.

„Es ist nicht hinnehmbar, dass die Landesregierung in Stuttgart schon wieder versucht, wichtige Landesbehörden aus Mannheim abzuziehen“, schrieb Lothar Mark daraufhin in einem Brief an die damalige baden-württem-

bergische Justizministerin Corinna Werwigk-Hertneck.

Die Gründe für eine Zusammenlegung der Gerichte waren für Lothar Mark nicht nachvollziehbar, da die Umsetzung der Arbeitsmarktreformen u. a. vorsieht, dass ab dem 1. Januar 2005 sozialrechtliche Streitigkeiten allein vor den Sozialgerichten ausgetragen werden. „Dies führt zu einer Mehrbelastung der Sozialgerichte, weshalb es keinen Sinn macht, Gerichtsstandorte zusammen zulegen.“

CDU/CSU-Steuerhammer: Kirchhofs Streichliste

Unions-Konzept belastet nur Arbeitnehmer

Erst kündigt CDU/CSU-Kanzlerkandidatin Angela Merkel die Erhöhung der Mehrwertsteuer um zwei Prozentpunkte auf 18 Prozent an und jetzt das! Mit dem ehemaligen Verfassungsrichter Paul Kirchhof hat Merkel einen Mann in ihre Wahlkampf-Mannschaft berufen, der die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer massiv belasten will. Kirchhof will als Finanzminister ein Steuerkonzept umsetzen, das eine Absenkung des Spitzensteuersatzes von 42 auf 25 Prozent vorsieht. Finanziert werden soll das vor allem von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch die weitgehende Streichung von Steuervorteilen wie Pendlerpauschale und Steuerfreiheit von Feiertags-, Wochenend- und Nachtzuschlägen. Bereits im Februar 2004 kamen die Finanzminister aller Bundes-

länder zu einem eindeutigen Urteil über das Kirchhof-Konzept: Das Konzept geht voll zu Lasten der unteren Einkommensgruppen!

Das Konzept treibt den Staat in den Bankrott! Allein im ersten Jahr würden 43 Milliarden Euro weniger Steuern eingenommen. Und Kirchhof lässt keinen Zweifel daran, dass er ernst machen will: „Entscheidend ist, dass am 1. Januar 2007 diese Reform im Bundesgesetzblatt steht“, sagte er der Bild (18.08.2005). Joachim Poß, Finanzexperte der SPD: „Seine steuerpolitischen Vorschläge scheren arm und reich unterschiedslos über einen Kamm.“

Kirchhofs Streichliste

Sparfreibetrag	gestrichen
Pendlerpauschale	gestrichen
Versicherungsbeiträge	gestrichen
Zuschläge für Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit	steuerpflichtig
Trinkgelder, Bergmannsprämie	steuerpflichtig
Behindertenpauschalbeiträge	gestrichen
Übungsleiterpauschale	steuerpflichtig
Aufwendungen für Heimunterbringung	gestrichen
Pflegepauschalbetrag	gestrichen
Mutterschaftsgeld und Krankengeld	steuerpflichtig
Arbeitgeberleistungen zur Kinderbetreuung	steuerpflichtig
Ausbildungskosten	gestrichen
Kinderbetreuungskosten (Hort, Kita usw.)	gestrichen

bergische Justizministerin Corinna Werwigk-Hertneck. Die Gründe für eine Zusammenlegung der Gerichte waren für Lothar Mark nicht nachvollziehbar, da die Umsetzung der Arbeitsmarktreformen u. a. vorsieht, dass ab dem 1. Januar 2005 sozialrechtliche Streitigkeiten allein vor den Sozialgerichten ausgetragen werden. „Dies führt zu einer Mehrbelastung der Sozialgerichte, weshalb es keinen Sinn macht, Gerichtsstandorte zusammen zulegen.“

Lothar Mark setzte sich für den Erhalt des Sozialgerichts Mannheim vor allem deshalb ein, weil „die Beibehaltung der Dezentralisierung gerade bei den Sozialgerichten sehr wichtig ist, da es sich bei den dortigen Klägern oft um Rentner, Kranke, Behinderte und Menschen mit sozial schwachem Hintergrund handelt. Diese Personengruppen sind weniger mobil als andere Teile der Bevölkerung.“

„Eine Verlegung des Mannheimer Sozialgerichts nach Karls-

ruhe würde für diese Personen bedeuten, dass ihnen ein bürgernaher und effektiver Rechtsschutz faktisch versagt werden würde.“

Nach Rücksprache mit der Verwaltungsleitung des Sozialgerichts Mannheim im Sommer 2005 wurde Lothar Mark mitgeteilt, dass die Zusammenlegung der Sozialgerichte aus sachlichen Erwägungen nun doch nicht vollzogen werde. „Praktikabilität und Vernunft haben gesiegt“, so Lothar Mark.

Bürgerversicherung statt Kopfpauschale

Das Krankheitsrisiko muss solidarisch versichert bleiben

Bürgerversicherung auf einen Blick:

- Jeder muss versichert sein. Auch Gutverdienende ebenso wie Beamte, Selbstständige und Politiker.
- Jeder zahlt in die Bürgerversicherung ein, jeder erhält die Leistungen, die notwendig sind.
- Der Beitrag richtet sich nach dem Einkommen. Auch Zinsen zählen dazu.
- Die beitragsfreie Familienversicherung bleibt erhalten.

Kopfpauschale auf einen Blick:

- Alle zahlen das Gleiche: Manager genauso viel wie Hausmeister.
- Hohe Einkommen und gut verdienende Singles werden entlastet.
- Die Finanzierung ist völlig unklar.

Für die Menschen in Deutschland ist die Gesundheitsversorgung ein wichtiges Gut. Sie wollen, dass das Gesundheitssystem solidarisch und gerecht ist. Mit unserem Gesundheitswesen erhält jeder die notwendigen medizinischen Leistungen auf der Höhe des Fortschritts. Aber das heutige Nebeneinander von gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen führt zum Rosinenpicken. Gesunde und gut Verdienende werden von Privatversicherungen umworben und von Ärzten bevorzugt. Der Geldbeutel zählt mehr als die medizinische Bedürftigkeit.

Krankheit ist ein Risiko, das niemand allein schultern kann. Der medizinische Fortschritt und der veränderte Altersaufbau der Gesellschaft erfordern nicht weniger, sondern mehr Solidarität, aus der sich niemand ab einer bestimmten Einkommensgrenze verabschieden darf. Die SPD wird die Krankenversicherung zu einer Bürgerversicherung weiterentwickeln, in der gesetzliche und private Krankenversicherungen nebeneinander Bestand haben. Dabei gilt: Jeder muss versichert sein. Jede Kasse muss jeden und jede ohne Ansehen des Risikos versichern. Es bleibt

beim heutigen gesetzlichen Leistungskatalog. Die Beiträge zur Bürgerversicherung richten sich wie bisher nach dem Einkommen – bei Löhnen, Gehältern und Renten. Zukünftig werden auch Kapitalerträge zur Finanzierung herangezogen. Wer hohe Zinseinkünfte hat, muss daraus einen Beitrag leisten. Das ist gerecht, schafft Stabilität und senkt die Lohnnebenkosten. Denn mit der Bürgerversicherung können die Beiträge zur Krankenversicherung um rund 1,6 Prozentpunkte

niedriger liegen. Davon profitieren Familien und Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen. Eine Durchschnittsfamilie wird um 224 Euro, eine einfache Angestellte um 144 Euro jährlich entlastet. Von niedrigeren Beiträgen profitieren auch Arbeitgeber. Niedrigere Lohnnebenkosten schaffen Spielraum für Investitionen und neue Arbeitsplätze.

Freibeträge schonen Durchschnittsersparnisse. Die beitragsfreie Familienversicherung bleibt erhalten.

Das Kopfpauschalenmodell von CDU/CSU dagegen ist ungerecht. Familien und Bezieher niedriger Einkommen werden belastet, während Gutverdiener entlastet werden. Außerdem: Schon bei der Einführung ist die Kopfpauschale nicht finanzierbar. Krankengeld und Zahnersatz werden nicht mehr gesetzlich versichert. Die Steuermittel für den Sozialausgleich müssen Konsumenten und Arbeitnehmer über Mehrwertsteuer und versteuerte Zuschläge bezahlen. Die Bürgerversicherung macht unser Gesundheitssystem gerechter. Sie ist eine Entscheidung für die Stärkung des Zusammenhalts in der Gesellschaft.

Das Ehrenamt ist unverzichtbar

Mit SPD-Landeschefin Ute Vogt und der Mannheimer SPD-Spitze vor Ort.

Ehrenamt wird in Mannheim groß geschrieben. Wie Lothar Mark, MdB, betonte, fördert besonders das frühe Engagement, zum Beispiel im Sportverein, in Theater- und Musikgruppen oder bei der Freiwilligen Feuerwehr, soziale Kompetenz, Teamfähigkeit und die Bereitschaft, füreinander da zu sein. Und Spaß macht es auch.



L. Mark, U. Vogt und SPD-Spitze beim TSV 1846 Mannheim

Aus für Steuerfreiheit

Angela Merkel hat die Katze aus dem Sack gelassen: Kam der Sport schon im Wahlprogramm der Union nicht vor, zeigt sie mit dem Konzept von Paul Kirchhof, dass sie mit Sport nichts am Hut hat. Anders ist nicht zu erklären, dass die Union mit einem Steuerkonzept in den Wahlkampf zieht, das den Breitensport in seiner Existenz bedroht.

Die CDU hat in ihrem Steuerkonzept, das insbesondere die unteren Einkommenschichten trifft, Neuregelungen eingearbeitet, die das Ehrenamt an

seiner Basis torpedieren. Die Unionspläne bedeuten faktisch die Abschaffung der Übungsleiterpauschale, die vom damaligen Bundeskanzler Willy Brandt eingeführt worden war. Unzählige Ehrenamtliche in Sportvereinen müssen dann auf ihre heute von Steuern und Sozialabgaben befreite Aufwandsentschädigung Abgaben zahlen.

Die Übungsleiterpauschale ist jedoch Anerkennung für ehrenamtliches Engagement und aus dem Breitensport nicht wegzu-denken.

**FÜR DIE
BÜRGER-
VERSICHERUNG.
GEGEN DIE
KOPFPAUSCHALE.**

SPD

Vertrauen
in Deutschland.

www.spd.de

Platz 12 beim Webtest 2004

Bei der jährlichen Bewertung der Webseiten der Parlamentarier durch das Informationsportal politikscreen.de hat Lothar Mark mit seiner Seite www.lothar-mark.de den 12. Platz belegt. Bei dem Test werden die Kriterien Informationsvielfalt, Aktualität, Gestaltung und Nutzwert überprüft, die es dem Internet-User ermöglichen, sich schnell einen Eindruck vom Arbeitsalltag, den politischen Schwerpunkten sowie den Serviceleistungen der Abgeordneten zu verschaffen.

www.Lothar-Mark.de

Schulbeginn am 12. September – Autofahrer aufgepasst!

Anerkennung und Sicherheit im Alter

- Die Vorschläge der CDU, die Renten zu kürzen, lehnt die SPD ab.
- Die SPD will die betriebliche und private Altersvorsorge weiter stärken, um eine bessere Versorgung im Alter zu gewährleisten.
- Die SPD will Berufstätige möglichst lange in der Arbeitswelt halten.

In einer immer älter werdenden Gesellschaft dürfen die kommenden Generationen nicht aus dieser ausgeschlossen werden. Es ist von immenser Bedeutung gerade die ältere Generation am gesellschaftlichen Leben in vollem Umfang teilhaben zu lassen und nicht indirekt durch sinkende Renten und immer frühere

Ausgliederung aus der Arbeitswelt zu isolieren. Unter anderem deshalb will die SPD nicht, dass ältere Berufstätige faktisch schon mit 55 Jahren aus dem Berufsleben ausscheiden, sondern erst wenn das gesetzliche Renteneintrittsalter von 65 Jahren erreicht worden ist. Außerdem wird neben der im Umlageverfahren

gesicherten Rente auch eine zusätzliche kapitalgedeckte Altersvorsorge gefördert. Ein weiterer wichtiger Punkt für die SPD und Lothar Mark ist, dass die soziale Pflegeversicherung zu einer Bürgerversicherung ausgebaut wird. Jeder Bürger sollte sich daran gleichermaßen beteiligen ohne privilegiert oder ausgegrenzt zu

werden. Lothar Mark unterstützt und treibt die Vorhaben der Bundesregierung mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln voran. Er ist Vorsitzender des Arbeiterwohlfahrt-Kreisverbandes und feierte seinen 60. Geburtstag im Kreise einer geselligen Runde im Seniorenwohnheim.

Lisa Fitz
Kabarettistin



„Ich unterstütze Gerhard Schröder, weil die SPD viel für Frauen, Familien und die Kultur getan hat. Gerhard Schröder ist ein warmherziger und herzlicher Mensch, der die Leute anguckt und auch wahrnimmt.“

Kulturspaziergänge Streifzüge durch die Stadtteile

Bereits seit 1999 führt Lothar Mark mehrmals jährlich Kulturspaziergänge in Mannheim durch. Dabei haben die Kulturspaziergänger nicht nur viel Wissenswertes über den Ortsteil erfahren, sondern wurden auch



Vor dem „Alten Zeughaus“

mit kleinen Anekdoten und Geheimnissen, die man in keinem Buch nachlesen kann, unterhalten. Der letzte dreistündige Spaziergang führte durch die Gartenstadt, dabei gaben verschiedene Referenten auch vieles

längst in Vergessenheit Geratene weiter. Der nächste Kulturspaziergang, durch die I- und K-Quadrate, findet am 6. November 2005 ab 13 Uhr statt.

Die Teilnahme am Kulturspaziergang ist für alle Bürger und Bürgerinnen kostenlos, bedarf keiner vorherigen Anmeldung und findet traditionell bei jedem Wetter statt.

Weitere Informationen

zu den Kulturspaziergängen erfahren Sie im Internet auf der Seite von Lothar Mark (www.lothar-mark.de). Selbstverständlich werden die beliebten Kulturspaziergänge auch 2006 fortgesetzt.

Vertrauen in Deutschland Wir kämpfen. Es lohnt sich!

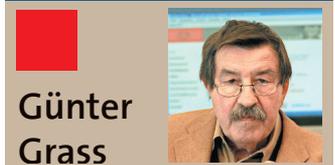
Wenn Sie am 18. September Ihre Stimme für Lothar Mark und für die SPD abgeben, dann stimmen Sie für gleiche Bildungschancen junger Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, für Ganztagschulen als Angebotsschulen und gegen Studiengebühren, für Arbeitnehmerrechte und gerechte Löhne, für Kündigungsschutz, Mitbestimmung und Tarifautonomie, für eine solidarische Bürgerversicherung und gegen die unsozi-

ale Kopfpauschale, für eine moderne Familienpolitik und den Ausbau der Tagesbetreuung, für gerechte Steuern, gegen die Besteuerung von Sonn-, Feiertags- und Nacharbeit, für den Schutz unserer Umwelt, für erneuerbare Energien und den Atomausstieg, für den Erhalt des Friedens mit Bundeskanzler Gerhard Schröder. Und Sie stimmen für eine gute Politik, die sich auch für Mannheimer Belange in Berlin stark macht.

Deutschland ist stark Internationale Wirtschaftsexperten sehen das Land auf einem guten Weg

Deutschland kommt wieder. Das Ausland beurteilt Deutschland sehr viel optimistischer als die Deutschen selbst. So titelt der britische „Economist“ – das angesehenste Wirtschafts-magazin der Welt – im August: „Deutschlands überraschende Wirtschaft“. Im Text heißt es: „Deutschland, lange der teuerste Wirtschaftsstandort Europas, hat einen Wettbewerbsvorteil gegenüber Frankreich, Italien, den Niederlanden und sogar Großbritannien aufgebaut.“ Als wichtige Faktoren führt das Magazin das hohe Maß an Flexibilität der Arbeitnehmer, die gelungene Neuausrichtung großer deutscher Konzerne und die günstigen Lohnstückkosten in Deutschland an. Zu einem ähnlichen Urteil kommt die Wirtschaftsinitiative „Partner

für Innovation“. Bei einer neuen Umfrage über das Auslandsimage von Staaten – dem Anholt-GMI-Index, bei dem weltweit 18.000 Verbraucher befragt werden – kommt Deutschland unter 25 Staaten auf Platz sieben – vor den Niederlanden, Frankreich, Neuseeland oder den USA. Vor allem deutsche Markenprodukte, wie etwa Autos, erzielen weltweit Spitzenwerte. Als Grund für diese Entwicklung führt Thomas Mirow, Wirtschaftsberater des Bundeskanzlers, vor allem die Reformen an, die die Bundesregierung eingeleitet hat: „Deutschland hat begonnen sich auf die drei grundlegenden Herausforderungen unserer Zeit einzustellen: die Globalisierung, die technologische Revolution und die Alterung unserer Gesellschaft.“



**Günter
Grass**

Schriftsteller und Literatur-Nobelpreisträger

„Ich unterstütze die SPD, weil sie den Mut hat, notwendige und auch schmerzhaft Reformen auf den Weg zu bringen, weil sie den Ausgleich zwischen Ökologie und Ökonomie sucht, weil sie uns regierungsverantwortlich vor einer Verstrickung in den verheerenden Irak-Krieg bewahrt hat und weil ich aus Erfahrung befürchte, es könnte die Bundesrepublik Deutschland wiederum gänzlich schwarz werden.“



**Otfried
Fischer**

Schauspieler

„Diese Bundesregierung hat mutig Probleme angepackt, von denen man gemeint hat, das könne nur eine große Koalition. Sie hat frei von Opportunismus und Liebedienerei am Wähler notwendige Themen in Angriff genommen, die ihr auch zum Nachteil gereichen könnten. Meine Wahlempfehlung lautet: Wenn auf der einen Seite Angela Merkel und Guido Westerwelle stehen und auf der anderen Seite Joschka Fischer und Gerhard Schröder, dann meine ich: Es gibt gar keinen Zweifel, was man wählen muss: Daher lautet meine Wahlempfehlung: Gerhard Schröder wählen!“

Wählen gehen – einfach und wichtig

Am Wahltag, per Briefwahl oder vor dem 18. September direkt im Wahlbüro.

Stadt Mannheim
Wahlbüro E 5
Telefon: 0621-2939566
Fax: 0621-2939532
e-Mail: wahlbuero@mannheim.de

Öffnungszeiten:

Mo bis Fr 9.00 bis 15.00 Uhr, Do bis 18 Uhr
12.09. bis 16.09.2005: Mo bis Fr 9 bis 18 Uhr



AKTIV WERDEN.

MITGLIED WERDEN.



www.mitmachen.spd.de

- o Ich möchte regelmäßig Informationen der SPD per E-Mail erhalten.
- o Ich möchte vor Ort aktiv werden. Bitte nennen Sie mir einen Ansprechpartner!
- o Ich möchte Mitglied werden! Bitte senden Sie mir ein Eintrittsformular und Informationsmaterial zu.

Bitte kreuzen Sie das Zutreffende an und senden Sie den Abschnitt an uns - per Fax oder per Post!

SPD-Parteivorstand | Parteiorganisation | 10911 Berlin
Fax 030.25991.315 | parteiorganisation@spd.de

Name:

Straße: PLZ + Ort:

Telefon: E-Mail:

Impressum

Herausgeber:
Lothar Mark
Wahlkreisbüro H2, 4
68159 Mannheim, Tel. (0621) 2 60 50
lothar.mark@wk.bundestag.de

Redaktion:
Simon Bokredenghel, Madeleine Hille,
Benedikt Hummel, Magdalena Löffler,
Lothar Mark (vwtl.), Claudia Meixner,
Claudia Schöning-Kalender,
Rike Schweizer, Boris Weirauch

Gestaltung & Satz:
Werbeagentur Holger Schmid
WOW – Werner Otreba Werbung
Stockacher Straße 26, 68239 Mannheim
Tel. (0621) 72 73 96-0, Fax 72 73 96-15
www.werbe-agentur-online.de

Druck:
DruckhausDiesbach GmbH, Weinheim
Auflage: 160.000 Exemplare